

# Surplus

## Das Wirtschaftsmagazin

Plattformkapitalismus

Elon Musk

Autoritarismus

Gastbeitrag

### Der Rückzug aus X macht Musk und die Rechten noch stärker

Mitte-Links-Parteien haben unter #WirverlassenX Musks Plattform verlassen. Damit geben sie dem Oligarchen klein bei – und schwächen ihre eigene Diskursmacht.

Ulrich Schneider

6. Mai 2026, 7:00 – 3 Minuten Lesedauer

Es war ein virtueller Rums. Zeit- und wortgleich informierten Bundesparteien und Bundestagsfraktionen von SPD, Grünen und Linken am Montag, dass sie ihre Aktivitäten auf Elon Musks Plattform X ab sofort einstellen. Die Accounts sollen ruhen. Dass die Sozialdemokraten bereits seit Monaten auf X im Dauerschlaf liegen, sei an dieser Stelle mal dahingestellt. Initiiert wurde diese gemeinsame Erklärung laut *Table Briefings*, die als erste darüber berichteten, von der Politischen Geschäftsführerin der Grünen, Pegah Edalatian. Zur Begründung heißt es, X sei in den letzten Jahren »im Chaos versunken« und fördere zunehmend »Desinformation«.

Wer häufiger auf X unterwegs ist, wird der Begründung der drei Parteien und Fraktionen kaum widersprechen können. Die Plattform ist ohne Frage zum Tummelplatz von Troll-Accounts und rechten Propagandisten geworden, die im Zweifel vor keiner noch so dreisten Lüge und Fälschung zurückschrecken. Persönliche Angriffe und herabwürdigende Beleidigungen sind auf X mittlerweile üblich.

Da gibt es nichts schönzureden. Alle politischen Bemühungen der EU, Musk dazu zu bewegen, Derartiges so weit wie möglich zu unterbinden, darf man bisher getrost als fruchtlos bezeichnen. Aus seiner politischen Agenda, mit der der Multimilliardär X betreibt, die Algorithmen füttern lässt und Reichweiten vergibt, macht der US-Oligarch gar keinen Hehl. Er nutzt seine Milliarden ganz offen für einen rechtslibertären und rechtspopulistischen Anti-Wokeness-Kulturkampf. Mit seinen Möglichkeiten stützt er auch in Deutschland rechtslibertäre Kräfte und insbesondere die AfD. Elon Musk steht heute wie kaum ein Zweiter für die Gefahren, die von der Ballung von Reichtum und gekaufter Medienmacht für unsere Demokratien ausgehen.

## **Aufgabe eines Diskursraumes**

Insofern erscheint der Schritt der drei Bundesparteien und Fraktionen auf den ersten Blick nur konsequent. Und dennoch ist die Entscheidung, X den Rücken zu kehren, aus mehreren Gründen falsch. Die faktische Kommunikationsrelevanz des Kurznachrichtendienstes kann nicht geleugnet werden. Er ist als internationale Echtzeit-Nachrichtenplattform nach wie vor unersetzbar, und auch in Deutschland sind es immer noch einige Millionen Nutzer, die auf X aktiv sind. Nachrichtenprofis aus allen möglichen Redaktionen beobachten die Plattform, greifen Infos ab oder berichten selbst. Politische Institutionen, Ministerien, Parteien oder Verbände können hier ihre Infos und Botschaften absetzen und damit Politik machen. Für letztere – Parteien und Verbände – kommt hinzu, dass X für die Mitgliederbindung nicht unterschätzt werden darf, solange die Mitglieder auf X präsent sind und es auch bleiben.

Zumindest kann seit dem Aufruf der Drei unter dem Hashtag #WirVerlassenX kein Massenexodus ihrer Gefolgschaft festgestellt werden. Sollte eine solche Boykottabsicht mitbeabsichtigt gewesen sein, wird die Aktion wahrscheinlich als Flop gewertet werden müssen. Nicht einmal die Partei- und Fraktionsspitzen sind durchgängig dem Beispiel gefolgt. Lars Klingbeil, Vorsitzender der SPD, postet nach wie vor genauso eifrig auf X wie die Linken-Co-Vorsitzende Ines Schwerdtner oder der Fraktionscovorsitzende der Linken im Bundestag, Sören Pellmann. Lediglich bei den Grünen haben zwar alle vier Partei- und Fraktionsvorsitzenden angekündigt, ihre Accounts nicht mehr zu bespielen. Doch bleiben prominente

Grüne mit erheblicher X-Reichweite wie etwa Ricarda Lang, Konstantin von Notz oder Janosch Dahmen weiter im Spiel.

Von einem überzeugenden und professionellen Move der Parteien und Fraktionen kann damit beim besten Willen nicht gesprochen werden. Ganz im Gegenteil. Es war ein Fehler mit nicht zu unterschätzenden negativen Folgen. Ein so gravierender Schritt hätte deutlich mehr Geschlossenheit verlangt. Stattdessen führen die Parteien mal wieder ihre Uneinigkeit vor – und das bei einer Frage, die alles andere als eine Petitesse darstellt. Es geht um die Kommunikationsstrategie der Parteien und sehr grundsätzlich um den Umgang mit Medien und Plattformen, die von rechten Oligarchen beherrscht werden. Da möchte die Mitgliedschaft vor Ort und in den Netzwerken durchaus ein Wörtchen mitsprechen.

## Die Macht dem Oligarchen überlassen

Es kann davon ausgegangen werden, dass der gestrige Tag die Parteigremien noch einige Zeit unschön beschäftigen wird. Die Reaktionen auf X zeigen nicht nur fehlendes Verständnis für den von oben herab mitgeteilten Beschluss, sie lassen auch erahnen, wie sehr sich die Gefolgschaft vor den Kopf gestoßen und im Stich gelassen fühlen muss. Der Tenor der meisten Postings ist eindeutig: »Wir halten hier auf X die Stellung, versuchen Fakes und rechter Propaganda mit Aufklärung und Haltung zu begegnen, und Ihr macht Euch vom Acker.«

In der Tat: Ohne wirkliche Not geben die drei Parteien im Bund ein nach wie vor wirkungsmächtiges Kommunikationsmittel aus der Hand. Statt ihre Gefolgschaft zu unterstützen, überlassen sie X allein der politischen Konkurrenz – und dies nicht einmal ein halbes Jahr vor wichtigen Landtagswahlen in Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Das muss man sich erst einmal leisten können.

### Ulrich Schneider

Ulrich Schneider ist als Sozialexperte und Kommunikationsberater für die GKS Consult – Gesellschaft für Kommunikation und Soziales tätig. Er war langjähriger Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.



Gefolgt ▼

